

Niederschrift

zur 33. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 19.10.2016	18.30-22.16 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Gerold Sachse ,

CDU-Fraktion

Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Matthias Rudolph ,

SPD-Fraktion

Jürgen Luban , Sebastian Rausch , Elke Wagner Stellvertreterin für Stefan Sarrach,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz Vertretung für Herrn Jens-Olaf Zänker,

Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Sylvaine Meister , Christfried Tschepe ,

Gäste

28 interessierte Gäste (insbesondere HeideLand) und
 Verwaltungsmitarbeiter (Frau Gebauer, Herr Malcher, Herr Weber,
 Herr Natusch, Herr Dr. Buhl, Herr Storbeck)

Abwesend

SPD-Fraktion

Stefan Sarrach entschuldigt,

Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Verwaltungsmitarbeiter und die interessierten Gäste.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 12 Ausschussmitglieder und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Folge der Tagesordnungspunkte wird wie folgt geändert.

Zustimmung mit Änderung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 07.09.2016

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende informiert, dass das Ratsinfosystem aufgrund einer Serverhavarie am Montagabend nicht aufrufbar war.

Aufgrund der vielen interessierten Besucher regt er an, künftig für HA-Sitzungen den Festsaal zu nutzen.

Des Weiteren berichtet er, dass am 22.11.2016 aufgrund dringender Vergabe-Drucksachen eine zusätzliche Sitzung des HA stattfinden könnte. Konkrete Informationen dazu werden noch rechtzeitig bekanntgegeben.

Bezüglich der Überarbeitung der Geschäftsordnung haben sich Herr Rudolph und Herr Teichmann darauf verständigt, mit den Fraktionen Kontakt aufzunehmen.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Antrag zur Bildung eines Ortsteiles Heideland

6/AN/371

In ihren Redebeiträgen gehen die Fraktionen darauf ein, diesen Antrag zu unterstützen, nachdem nun auch seitens der Verwaltung die noch bestehenden Vorbehalte ausgeräumt wurden. Dazu führt der Bürgermeister aus, dass es mehrere Gespräche mit der einreichenden Fraktion, mit Herrn Zänker, und auch Herrn Sarrach, mit der Rechtsstelle und der Fachgruppe Stadtplanung gab. Er berichtet, dass der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) Fürstenwalde als Entwicklungsschwerpunkt ausweist und somit zukünftig Wohnentwicklung möglich sein wird. Insofern soll gemeinsam mit den Bewohnern des Heidelandes die Entwicklung vorangetrieben werden.

Der Abg. Sachse gibt aber noch den Hinweis, dass mit der Ortsteilbildung nicht sofort der Wunsch nach Realisierung des Baurechts verbunden sein wird.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bildung eines Ortsteils Heidefeld in dem aus der anliegenden Karte ersichtlichen Gebiet.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Hauptsatzung mit anliegender 2. Änderungssatzung zu ändern.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.2 Planungsaktivitäten im Bereich des Heidefeldes

6/IV/380

Der Bürgermeister erläutert die in der Informationsdrucksache dargelegten nächsten Schritte, die sich nunmehr aus der Ortsteilbildung ergeben, um das Vorhaben zu einem positiven Ende zu bringen (Änderung des Flächennutzungsplanes, Aufstellung von BPlänen etc.). Er geht in seinen Ausführungen darauf ein, dass die bebaubaren Grundstücksflächen sowie die Grün- und Waldflächen ausgewiesen und festgesetzt werden müssen. Dies erfordert eine erneute Diskussion mit allen Betroffenen und den politischen Gremien der Stadt.

Kenntnisnahme

TOP 7.3 Onkel Tom's Hütte - Beschädigung öffentlichen Eigentums

6/AN/386

Der Abg. Dippe erklärt zu diesem Tagesordnungspunkt seine Befangenheit.

Zunächst informiert der Stadtförstordirektor, Herr Weber, über den Stand der Dinge. Gemäß dem Auftrag des Stadtentwicklungsausschusses wurde Anzeige erstattet. Bisher fanden zwei Gerichtstermine statt. Am zweiten Verhandlungstag ordnete der Richter ein Beweissicherungsverfahren an, ein weiteres Gutachten wurde in Auftrag gegeben. Der Gerichtsvorschuss in Höhe von 3.000 € wurde durch den Stadtförst an die Gerichtskasse überwiesen. Für den 24. Januar ist der 3. Verhandlungstag anberaumt.

Unstrittig ist, so Herr Weber weiter, dass das Material wieder zurückgebaut werden muss. Des Weiteren wurde gegen die Ordnungsverfügung des LOS zunächst Widerspruch eingelegt. Daraufhin gab es einen Fortsetzungsfeststellungswiderspruchsbescheid, der beantwortet wurde. Eine Reaktion des LOS erfolgt vermutlich darauf nicht, da sich der Bescheid durch Zeitablauf erledigt hat.

Nach einigen Wortmeldungen und der aufgeworfenen Frage, ob der Antrag der BFZ-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt noch zielführend ist, wird dem beauftragten Anwalt, Herrn Natusch, einstimmig das Rederecht erteilt. Er geht auf die Strafanzeige gegen unbekannt wegen umweltgefährdender Abfallentsorgung ein und führt aus, dass die Ermittlungen gegen die Betroffenen eingestellt wurden. Mit dem jetzt noch anstehenden Verfahren beim Landgericht soll mit dem nunmehr 4 beauftragten Gutachten geklärt werden, ob das gelieferte Material dem Zertifikat entsprach oder nicht. Des Weiteren wurde beim Landgericht beantragt, dass durch Herrn Borkowski dieser Zustand/Weg wieder beseitigt wird (durch Rückbau oder Schadensersatz).

Herr Natusch führt weiterhin den Unterschied eines Strafantrags (Antragsfrist 3 Monate beachten) und einer Strafanzeige (kann jedermann stellen) aus.

In eingehender Diskussion soll geklärt werden, wie der vorhandene Weg am schnellsten rückgebaut wird. Das, so Herr Natusch, wäre mit einem Strafantrag nicht durchzusetzen (Zielrichtung Bestrafung im Vordergrund).

Eine Strafanzeige wäre zwar unschädlich für das laufende zivilrechtliche Verfahren, würde aber auch nicht dazu führen, dass der Weg rückgebaut wird.

Herr Fischer begründet ausführlich, dass die BFZ-Fraktion ihren Antrag dahingehend ändert, dass statt Strafantrag eine Strafanzeige zu stellen ist. Der Beschluss lautet nunmehr:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, gegen den oder die Verursacher des ungenehmigten Ausbaus des verlängerten Amselweges bis zu Onkel Tom's Hütte eine Strafanzeige wegen Sachbeschädigung des Eigentums der Stadt Fürstenwalde gemäß § 303 StGB zu stellen. Mit der Durchführung wird die Rechtsstelle der Stadt Fürstenwalde beauftragt, die sich auch externen Rechtsbeistandes bedienen kann.

Der Antrag wird mit 4 Ja- und 6 Gegenstimmen sowie 2 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 7.4 Stellenplanerweiterung zum Stellenplan des Haushaltsplanes 2016 6/DS/370

Der Erste Beigeordnete, Herr Dr. Fehse, erläutert kurz den bereits angekündigten Sachverhalt. Auf die Anmerkungen der BFZ-Fraktion, die einen weiteren Personalbedarf in der Verwaltung sehen, reagiert der Bürgermeister. Er stellt die weitere Personalentwicklung in den Fokus und führt aus, dass mit der Haushaltsplandiskussion/dem Personalentwicklungskonzeption dem Anliegen Rechnung getragen wird.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt den Stellenplan gemäß Anlage 1.

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.5 Errichtung eines Eltern - Kind - Zentrums 6/DS/376

Frau Meister erläutert in ihren Ausführungen, dass die Errichtung von Eltern-Kind-Zentren auf einer im Kreistag am 5.10.2016 beschlossenen Richtlinie basiert. Diese Richtlinie ermöglicht es, für Fürstenwalde zwei Stellen (50 % Personalkosten und 20 % Sachkosten) durch den LOS gefördert zu bekommen. Die Stellen sollen werdende Eltern und Eltern mit bis zu 6jährigen Kindern unterstützen. Zunächst geht es grundsätzlich um die Unterstützung zur Schaffung solcher Zentren, die konkreten Antragstellungen/Träger/Konzepte sollen dann im Ausschuss für Soziales am 1.12.2016 ausgewählt werden.

In der anschließenden detaillierten Diskussion gibt es Für und Wider. Es werden Auffassungen vertreten, dass diese Strukturen und Angebote bereits vorhanden sind und Parallelangebote finanziert werden. Zum anderen wird die Meinung vertreten, dass es entscheidend ist, diese Aufgaben mit allen Betroffenen, dem LOS und der Stadt wahrzunehmen. Ein Bedarf ist unstrittig insbesondere im Stadtteil Nord vorhanden und kann mit den vorhandenen Strukturen nicht gedeckt werden. Es kann durchaus sein, dass diese Aufgabe durch einen bereits bestehenden Träger fachkompetent, qualifiziert und intensiviert wird.

Die Diskussion wird schließlich mit der Festlegung beendet, nochmals Zahlenmaterial zur Notwendigkeit von Eltern-Kind-Zentren in unserer Stadt bis zur STVV vorzulegen. Danach wird die Beratungsdrucksache an die STVV empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt grundsätzlich der Förderung von Eltern-Kind-Zentren nach der Richtlinie zur Förderung von Eltern-Kind-Zentren gemäß § 22 SGB VIII im Landkreis Oder-Spree ab dem Jahr 2017 für 1 Zentrum und ab dem Jahr 2018 für 2 Zentren in Fürstenwalde zu.

Zustimmung Ja 11 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.6 Satzung über die Reinigung von Straßen der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/DS/374 und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)

Der Abg. Sachse dankt der Verwaltung ausdrücklich dafür, dass mit der überarbeiteten Satzung auch dem Antrag der LINKS-Fraktion Rechnung getragen wurde, künftig auf den Einsatz von Streusalz zu verringern und ihn zu vermeiden.

Im Anschluss werden noch einige Nachfragen (Streusalz auf privaten Parkplätzen – hier nicht durch die Satzung abgedeckt, Klassifizierung der Reinigungsklassen nach maschineller und manueller Reinigung) beantwortet.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage I der Beratungsdrucksache beiliegende „Satzung über die Reinigung von Straßen der Stadt Fürstenwalde/Spree und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren“ (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung).

Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.7 Sozialarbeit an Grundschulen

6/DS/377

Frau Meister erläutert das vom LOS initiierte Modellprojekt Sozialarbeit an Grundschulen (6 bis 12 Jahre), insbesondere für Kinder, die besondere Bedarfe haben. Dafür soll zunächst eine 32 h-Stelle (60 % Personalkosten) vom LOS gefördert werden.

Im Sozialausschuss sollen auch hier die Projektidee inhaltlich am 1.12.2016 bearbeitet werden.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt grundsätzlich der Teilnahme am und der Co-Finanzierung des Modellprojektes Angebote für Kinder im Grundschulalter und ihre Eltern im Landkreis Oder-Spree zu.

Zustimmung Ja 10 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 7.8 Preisanpassung für das Freizeitbad Schwapp ab dem 01.01.2017

6/DS/382

Der Werkleiter erläutert in seinen Ausführungen die Notwendigkeit, über eine Preisanpassung im SCHWAPP zu diskutieren (Mindestlohnanpassung, Fachkräftesicherung, anwachsende Ausgaben im Energiebereich –Netznutzungsentgelte).

In der anschließenden Diskussion werden weitere Vorschläge unterbreitet, die Eintrittspreisgestaltung zu differenzieren, um Kapazitäten und Einnahmen zu steuern.

Unter anderem unterbreitet die BFZ-Fraktion den Vorschlag, eine Preiserhöhung nur mit einer Wohnortdifferenzierung (Nicht Fürstenwalder) vorzunehmen. Der Bürgermeister spricht sich gegen eine solche Preisgestaltung aus und bittet um eine grundsätzliche Abstimmung, ob eine solche Regelung mehrheitsfähig wäre. Eine Preisgestaltung unter Berücksichtigung des Wohnortes wird mit 6 Ja- und 7 Gegenstimmen abgelehnt.

Der Abg. Sachse, der Abg. Rausch und auch Abg. Apitz formulieren noch weitere Änderungsvorschläge (Familienkarte mit mehr als einem Kind, Spaßbadbesuch für Kinder und Erwachsene von Montag bis Donnerstag ohne Zeitbegrenzung, Freitag und Wochenende mit Zeitbegrenzung, Einführung einer 2. Familienkarte für 1 Erwachsenen mit 2 Kindern; Saunaermäßigung für Kinder abschaffen stattdessen Familienkarte).

Dazu folgen eine sehr ausführliche Erläuterung von Frau Müller (Preise für Schul- und Vereinstätigkeit steigen nicht, Verdeutlichung der finanziellen Auswirkungen) und eine Diskussion, die schließlich mit der Festlegung beendet wird, kurzfristig eine Arbeitsgruppe zu bilden, um alle Vorschläge

und Fragen mit Frau Müller und Herrn Hellmann zu diskutieren. Dieser Vorschlag wird mit 6 Dafür-, 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen. Herr Rausch wird die Koordination übernehmen.

TOP 7.9 Kostenloses WLAN an öffentlichen Plätzen in der Stadt Fürstenwalde 6/IV/381

Frau Gebauer geht in ihren Erläuterungen zur Informationsdrucksache u.a auch auf die Erfahrungen der Gemeinde Grünheide ein. Von dort ist der „Freifunker“ Manfred Liedtke anwesend, dem einstimmig Rederecht erteilt wird.

Es wäre vorstellbar –und das hat sich in Grünheide durchgesetzt- beide Wege zu verfolgen und zu kombinieren. Eine Koppelung von Freifunk und Hotspot ist allerdings nicht möglich. Der Freifunk (diese Punkte sind untereinander miteinander verbunden) setzt bürgerliches Engagement und die Zurverfügungstellung von WLAN-Routern voraus. Herr Liedtke erläutert noch, wie der kostenlose WLAN in Grünheide umgesetzt wurde. Das Projekt wäre ohne große Aufwendungen jederzeit erweiterbar und jeder kann mitmachen.

Der kommerzielle Hotspot bietet den Vorteil einer z.B. zeitlichen Begrenzung, eines Einbaus eines Jugendschutzfilters, Service- und Wartung gewährleistet.

Auf die Kritik der BFZ-Fraktion, dass der seinerzeit gefasste Beschluss inhaltlich nicht gänzlich umgesetzt wird (freies WLAN in der Innenstadt) erläutert die Verwaltung, dass über den aktuellen Planungsstand und nicht über die durchgeführte Umsetzung informiert wird.

Kenntnisnahme

TOP 7.10 Erarbeitung allgemeingültiger förderrechtlicher Grundsätze für sämtliche Förderungen durch die Stadt

Der Vorsitzende erläutert kurz den Hintergrund dieses TOP`s. Frau Meister gibt ihm insofern Recht, als dass eine Jugendförderrichtlinie fehlt und diese nunmehr erarbeitet werden muss. Das hat aus ihrer Sicht Priorität gegenüber der Erarbeitung allgemeingültiger förderrechtlicher Grundsätze.

Des Weiteren hat Frau Scharf eine nachvollziehbarere Sportstättenförderrichtlinie angemahnt. Frau Meister berichtet, dass eine Überarbeitung der Kalkulation der Entgelte für die Sportstätten bereits veranlasst wurde.

Der Abg. Dippe schlägt vor, die Fördergrundsätze von Bund und Land als Orientierung zu nutzen und soweit möglich, als Handlungsanweisung zu übernehmen.

TOP 7.11 Klimaschutzkonzept/CO2-Bilanz - Berücksichtigung des Stadtwaldes 6/AN/385

Herr Fischer erläutert die Intentionen des Antrages nochmals und wirbt dafür, eine ganzheitliche, wirtschaftliche Betrachtung vorzunehmen und das große Gut Stadtwald entsprechend zu würdigen und zu berücksichtigen. Das Planungsbüro, welches mit der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes beauftragt ist, soll den Stadtwald in der CO2-Bilanz mit einbeziehen.

In der Diskussion werden unterschiedliche Auffassungen vertreten. Herr Apitz wirbt auch dafür, dass man mit dem Wald in jeglicher Form wirbt: „Er gehört zur Stadt genauso wie der St. Marien-Dom“.

Beschluss:

Im Rahmen der Erarbeitung des neuen Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Fürstenwalde ist der Stadtwald in der CO2-Bilanz zu berücksichtigen.

Zustimmung Ja 5 Nein 3 Enthaltung 5

Der Abg. Sachse wehrt sich vehement, diese Diskussion erneut zu führen, weil die Fraktionen in der Vergangenheit bereits mehrheitlich dafür votierten, keine Risikoanalyse zu beauftragen.

Herr Fischer verteidigt die Position seiner Fraktion, die den Antrag erneut stellt, auf der Grundlage einer Risikoanalyse ein Risikomanagement für den CHF-Kredit aufzustellen. Er verweist auf analoges Handeln der Verwaltung im Zusammenhang mit den CHF-Swaps.

Herr Dr. Fehse betont, dass für die CHF-Swaps kein Gutachten zur Risikoanalyse erstellt worden ist, sondern lediglich durch einen Dritten die aktuellen Marktwerte errechnet wurden, um einen Vergleich mit den Vorgaben der EAA zu haben.

Der Vorsitzende äußert sich zur Sache und argumentiert für den Antrag der BFZ-Fraktion. Dann wird über den Antrag abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt die Beauftragung der Sachsen Asset Management mit der finanzwissenschaftlichen Analyse des spezifischen Währungsrisikos des CHF-Kredites der Stadt Fürstenwalde nebst Ermittlung von Handlungsoptionen wie in der Präsentation vom 13.01.2016 im Ausschuss für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt vorgestellt.

Zustimmung Ja 4 Nein 8 Enthaltung 1

Der Vorsitzende informiert, dass die BFZ-Fraktion einen alternativen Sitzungsplanentwurf vorgelegt hat. Hintergrund ist, dass damit möglicherweise bessere Beratungsfolgen, eine bessere Abarbeitung der Drucksachen und Ausschüsse erfolgen kann. Er bittet um Beratung in den einzelnen Fraktionen.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Herr Malcher informiert kurz über die verschiedenen Möglichkeiten der Rückwandgestaltung von Buswartehäuschen. Getestet werden zur Zeit Holz- und Metall- aber auch Glasrückwände. Außerdem sollen die Seitenteile, sofern sie aus Glas bestehen, kleinteiliger gestaltet werden. Die verschiedenen Lösungen können u.a. am Schwapp und in der Lotichiusstraße besichtigt werden. Die Kosten für eine Umrüstung liegen bei rd. 2.700 bzw. 3.200 €. In 2017 sollen peu a peu 6 bis 8 weitere Wartehäuschen erneuert werden. Herr Tschepe fügt ergänzend hinzu, dass am Ketschendorfer Anger eine neue Haltestelle installiert wird. Diese soll gänzlich aus Glas mit den kleinteiligen Metallrahmen errichtet werden.

Dr. Fehse informiert zum Stand des Kassenkredites (-15.214.173,20 €). Der Kurs des CHF zum € beträgt 1,0854. Die Verwaltung, so Dr. Fehse weiter, hat mit dem Tag der Überweisung an die EAA bei einer holländischen Bank einen 15 Mio€-Kredit zu -0,8 % Zinsen abgeschlossen. 0,2 % werden als Provision für den Vermittler für die Zeit vom 6.10. bis zum 7.11.2016 verrechnet.

Der Break-even-kurs liegt unverändert bei 1,49167.

Der Kassenkreditrahmen von insgesamt 27 Mio€ wird nicht überschritten.

Der Bürgermeister berichtet, dass es gemäß den Ausführungen des Datenschutzbeauftragten des Landes Brandenburg untersagt ist, Tonaufzeichnungen von Sitzungen nach Erstellung der Niederschriften zu archivieren und zugänglich zu halten. Das Gesetz verlangt nach einer Löschung der Aufzeichnungen. Herr Fischer gibt den Hinweis auf Livestreams und kann deshalb diese Aussage nicht nachvollziehen.

Herr Tschepe erinnert an den gefassten Beschluss zur 1. Änderung des BPlanes Gewerbegebiet an der Staatsreserve/Photovoltaikanlage. Eine entsprechende Stellungnahme wurde an das Bauordnungsamt des LOS abgegeben, das wiederum diese Stellungnahme als begründet angesehen und mitgeteilt hat, dass der Bauantrag für 12 Monate zurückgestellt wurde.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Abg. Apitz stellt fest, dass das Geschwister-Scholl-Gymnasium großzügig renoviert jedoch kein barrierefreier Zugang zum 2. OG geschaffen wurde. Er fragt, ob der Landkreis wie im Stadtentwicklungsausschuss angekündigt, nochmals reagiert und dazu eine Stellungnahme abgegeben hat. Die Verwaltung nimmt die kritische Nachfrage nochmals zum Anlass, sich diesbezüglich mit dem LOS in Verbindung zu setzen.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 22.16 Uhr und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Die Niederschrift umfasst 8 Seiten.

Matthias Rudolph

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin